

Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhof (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark. Bei Zustellung durch die Post dem 12 Pfennig Postgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Anzeigen ohne bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 10 Pf.] • Nr 546

DONNERSTAG, 19. NOVEMBER 1931

ABEND-AUSGABE

Sonderauschuß einberufen

Deutschlands Antrag geht heute ab

Der Antrag der deutschen Regierung auf Einberufung des Beratenden Sonderauschusses wird heute nach Paris an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich abgehen. Gleichzeitig werden die beteiligten Mächte einen Vorschlag des Antrages und des beiseitegelassenen Finanz- und Wirtschaftspolitischen Epitomes erhalten.

Die Abwendung des Antrages war, nach Meldungen aus Paris, bereits für Dienstag abend geplant, ist aber bis Donnerstag verzögert worden, weil ein solches Einverständnis zwischen Berlin und Paris über die Formulierung noch nicht erreicht war und im letzten Augenblick noch Klärfragen notwendig wurden. Worum es sich dabei gehandelt hat, berichtet das „Echo de Paris“ in einer angeblich von gut unterrichteter Stelle stammenden Darstellung. Die deutsche Regierung erklärte in dem Schreiben, daß der Beratende Sonderauschuß nicht nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Reparationen abzuklären haben werde, sondern sich auch mit der Zusammenführung der kurzfristigen Kredite werde beschäftigen müssen. Ministerpräsident Papal habe sich anknüpfend ent-

sprochen, diese Formulierung passieren zu lassen, wenn er sie nicht billige. Er bliebe bei seiner These, daß die Rückzahlung der privaten Kredite nicht Angelegenheit der Regierungen sei, sondern nur von einer Sonderkommission behandelt werden dürfe, die, wenn möglich, die Gläubiger und Schuldner ernennen würden. Doch vertrete er den Standpunkt, daß das deutsche Einberufungsschreiben dem nicht entgegengehalten werden könne, und daß der beratende Sonderauschuß sich nicht Befugnisse anmaßen dürfe, die der Young-Plan ihm verweigere, sei es, um an die ungeschulten Annuitäten zu rühren, sei es, um sich mit dem Transfer der fremden Schulden zu befassen. Jetzt komme alles darauf an, was England und die Vereinigten Staaten zu tun gedächten.

Gleichzeitig mit der Abwendung des Antrages werden, wie es im Young-Plan vorgezogen ist, die deutschen Vorkämpfer den Regierungen der Gläubigerstaaten offiziell mitteilen, daß die Reichsregierung im guten Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Abänderung und Wirtschaftslage Deutschlands die sofortige Einberufung des beratenden Ausschusses notwendig macht.

Radikalisierte Akademiker

Von H. MULERT,

Professor an der Universität in Kiel.

Hunderttausend ältere, aber noch voll arbeitsfähige erwerbslose Fabrikarbeiter oder Kaufleute bedeuten eine schlimme Not. Gehntausend junge Erwerbslose aus besseren Gänden bedeuten eine noch größere Not, weil ein fräftiger Jugend Mensch, der Jahre hindurch zur Untätigkeit verurteilt ist, leicht das Arbeiten überhaupt verlernt und schon, wenn er Monate hinweg nichts zu tun hat, auf Zorheiten zu verfallen pflegt, wenn sich am Schlimmsten. Aber tausend hellenlose Akademiker sind noch gefährlicher.

Gewiß kann kein Staat heute verlangen, von der allgemeinen Not unberührt zu bleiben. Wünsche dieser jungen Leute werden nach Möglichkeit ihrer Günden nach von den Eltern unterrichtet, so daß sie wertvolle Stellenofferten früher leicht ausbalden, und es sind in ihnen viele geistige Interessen gemeldet worden, so daß sie über graue Monate der Untätigkeit auch innerlich leichter hinwegkommen können. Aber in anderer Hinsicht ist die Stellenlosigkeit junger Akademiker sehr bedenklich. Von jungen Studenten werden die Jahrelang zu keiner Tätigkeit kommen, wie sie ihrer Vorbildung entspräche, werden einige sich durch Folge Jahren hart hindurchzuringeln. Andere werden, wie sie nicht annehmen, sozial Kräfte entfalten, daß sie auf irgendeiner Posten, sei es auch einem ihrer Vorbildung noch so fremden ein befriedigendes Brot finden, als Gelehrter, Schreiber, Steller oder wer weiß wie sonst. Wieder andere werden müde und gleichgültig jedes Was ertragen und wahrheitslieblich immer bitterer werden. Nicht wenige aber werden die Delle schaft vernünftigen, in der solche wertvolle Leistungen hervort, und den Staat verfluchen, dem sie Schuld daran nehmen, sozial Kräfte entfalten, daß sie auf irgendeiner Posten, sei es auch einem ihrer Vorbildung noch so fremden ein befriedigendes Brot finden, als Gelehrter, Schreiber, Steller oder wer weiß wie sonst. Wieder andere werden müde und gleichgültig jedes Was ertragen und wahrheitslieblich immer bitterer werden. Nicht wenige aber werden die Delle schaft vernünftigen, in der solche wertvolle Leistungen hervort, und den Staat verfluchen, dem sie Schuld daran nehmen, sozial Kräfte entfalten, daß sie auf irgendeiner Posten, sei es auch einem ihrer Vorbildung noch so fremden ein befriedigendes Brot finden, als Gelehrter, Schreiber, Steller oder wer weiß wie sonst. Wieder andere werden müde und gleichgültig jedes Was ertragen und wahrheitslieblich immer bitterer werden.

Wie haben in Deutschland in den nächsten Jahren zehn tausende von hellenlosen Akademikern zu erwarten. Solche Gefahr ist für den heutigen Staat noch nicht dagewesen. Wenn schon unter der heutigen Studenten schaft radikale Stimmungen, namentlich der Nationalsozialismus, viele Verbreitung finden, so ist das bedenklich. Viel junge Akademiker leiden unter ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Not und bilden allerdings hoffnungslos in die Zukunft. Bekommen sie aber nach Abschluß ihrer Studien wertvolle ihre Stellung, so werden die meisten noch mehr verbittern. In diesen Zustand sind wir weiterhin infolge der verlorenen Krieges hineingeraten. Niemand, seine Macht ihm von heute auf morgen ändern. Aber man soll ihn nicht noch verbittern.

Ob man die immer nachrollende Flut von Studenten abkühlen kann, indem man die Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren zu halten, ist erfindlich, ist erfindlich zu erwarten. Aber dann muß man damit schon in Gestalt anfangen und darf nicht mehr so viele auf diese Schule gehen lassen. Die aus der Ferne Abgehenden werden doch zum großen Teil studieren, sie müssen oft gar nichts anderes mit sich anzuwenden. Und wenn man den Zugang zu Universitäten, Technischen Hochschulen oder Pädagogischen Akademien einschränkt, ohne Sorge zu ermitteln, ist erfindlich zu erwarten. Aber dann muß man damit schon in Gestalt anfangen und darf nicht mehr so viele auf diese Schule gehen lassen. Die aus der Ferne Abgehenden werden doch zum großen Teil studieren, sie müssen oft gar nichts anderes mit sich anzuwenden. Und wenn man den Zugang zu Universitäten, Technischen Hochschulen oder Pädagogischen Akademien einschränkt, ohne Sorge zu ermitteln, ist erfindlich zu erwarten. Aber dann muß man damit schon in Gestalt anfangen und darf nicht mehr so viele auf diese Schule gehen lassen. Die aus der Ferne Abgehenden werden doch zum großen Teil studieren, sie müssen oft gar nichts anderes mit sich anzuwenden. Und wenn man den Zugang zu Universitäten, Technischen Hochschulen oder Pädagogischen Akademien einschränkt, ohne Sorge zu ermitteln, ist erfindlich zu erwarten.

Niemand, der von der Schwierigkeit der Finanzlage von Staat und Gemeinden eine Ahnung hat, wird auf die Finanzmaßnahmen scheitern, weil sie zu Sparmaßnahmen zwingen. Aber ist nicht der Maßregeln, durch die Tausenden von Akademikern ihre Aussicht auf Unterkommen genommen wird, die soziale und psychologische Gefahr größer als die finanzielle? Ja! Wir Hochschullehrer verstehen, phantastischen Nationalismus unter unseren Studenten entgegenzukommen; aber unter dem Druck ihrer wirtschaftlichen Sorgen hören die meisten darauf nur wenig. Und wenn jetzt in Preußen eine wertvolle Schöpfung pädagogischer Akademien erwogen wird, so würde solcher Schritt bedeuten, daß viele junge Menschen, die noch das Studium auf folgen finanziellen Erwerbungen können, ein längeres an der Universität aber nicht, einer erweiternden Berufsausbildung beraubt und

Protest gegen die Dsthilfe-Verordnung

Breslauer Produktenbörse geschlossen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
BRESLAU, 19. NOVEMBER

Die am Dienstag veröffentlichte neue Dsthilfe-Verordnung hat in Schließen schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Landwirtschaft, dem Getreide- und Futtermittelhandel und den Kreditinstituten heraufbeschworen. Der Vorstand der Breslauer Produktenbörse hat am Donnerstag vormittag beschlossen, am morgen ab als Protestmaßnahme gegen die Verordnung die Börse vorläufig auf fünf Tage zu schließen. Man will nach dem Erfolg der Ausführungsbestimmungen weitere Beschlüsse fassen. Der Börsevorstand ist der Meinung, daß durch Einführung des Sicherungsverfahrens der Getreide- und Futtermittelgroßhandel aus ihmert gefährdet ist. Es gibt nach jeder Meinung keine namhafte Dsthilfe, die nicht in erheblichem Umfang mindestens Beschäftigten der Landwirtschaft ist. Wenn man die Wechsel aber nicht vollbreiten könne, wird der Handel zusammenbrechen.

Der Schlesische Landbund hatte sich noch vor der Veröffentlichung der Verordnung mit den Organisationen des Handels, des Land-

werks, der Industrie, der Banken und des Bauwesens in Verbindung gesetzt, und erklärt sich in einer Entschuldig, daß sämtliche auch nicht landwirtschaftlichen Berufsstände grundsätzlich mit den Forderungen der Landwirtschaft nach einer grundlegenden Abänderung der Voraussetzungen der ländlichen Wirtschaft, besonders der Ausgabeneite, einig gehen. Allerdings fordert der Landbund nicht weniger, als eine generelle Zinssenkung, die bei erstlichen Hypotheken bis auf 3% Prozent und bei weiteren Zinsfußhöhen bis auf fünf Prozent gehen müsse. Wenn auch die Verordnung selbst den Gedanken einer allgemeinen Zinsreduktion zugunsten individueller Vergleichsmaßnahmen zurückgestellt hat, so ist doch nach dem letzten verhandlungsweisen Vorgehen der Landwirtschaft zu erwarten, das in jedem Einzelfall die gleichen Forderungen mit den gleichen Begründungen gestellt werden. Eine individuelle Auslese unter den Schuldnern dürfte also angesichts ihres entschlossenen organisatorischen Vorgehens in der Praxis auf große Schwierigkeiten stoßen. Die neue Verordnung läuft also auf ein Teilnahmestadium für die Dstliche Landwirtschaft mit allen ihren verhängnisvollen Folgen hinaus.

Mageres Ergebnis in Washington

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
WASHINGTON, 19. NOVEMBER

Außer der Einigung über das Verfahren in der Abklärung der Frage wird zwischen Hoover und Grand kein weiteres politisch wichtiges Ergebnis erzielt werden. In der Reparations- und Streifenfrage wurde Amerika, so erklärte Hoover, den bereits anlässlich des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten in Washington betamgetragenen Standpunkt nicht ändern. Die Initiative bliebe den europäischen Staaten überlassen, die sich den Empfehlungen des Young-Komitees sich auf einer Regierungskonferenz über die weitere Behandlung der Schuldentragung und Kürzung einigen müßten. Das Übereinkommen solle dann Amerika vorgelegt werden.

Hoover persönlich sei bereit, eine entsprechende Stellungnahme und Kürzung gegenüber den amerikanischen Schuldnern zu bestimmen, doch habe der Kongress die letzte Entscheidung zu treffen. So der im Dezember beabsichtigte Kongress wahrscheinlich durch militäre Parteienpaarier paralytisiert werden dürfte, sind die Aussichten nicht sehr hoffnungsvoll.

Koalitionsgespräche in Hessen

FRANKFURT A. M., 19. NOVEMBER

Gerüchte, daß eine Einigung über die hessische Regierungsbildung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten unmittelbar bevorstehen, behältigen sich nicht. Die der neuwahlfähige Landtag erst am 8. Dezember (nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, am 3. Dezember) zusammentritt und die Wahl des hessischen Staatspräsidenten erst im Januar erfolgen dürfte, kann man sich auf beiden Seiten noch Zeit lassen.

Aber die Nationalsozialisten noch das Zentrum lassen vorläufig keine Meinung zu einer Regierungsbildung erkennen. Die Nationalsozialisten wollen sich für einer solchen Koalition im Hinblick auf die Preußenwahlen im kommenden Frühjahr nicht belassen, und im hessischen Zentrum ist die Abneigung gegen die vom Bischof von Mainz als modernes Heidentum scharf bekämpfte Bewegung nicht geringer geworden. Aber das Zentrum würde sich vielleicht bereit zeigen, eine nationalsozialistische Regierung zu tolerieren, wenn die Nationalsozialisten einigermassen anständiger Vorgehens zeigen und nicht eine eigene, ihrer Überzeugung, sondern einen ihnen nachstehenden Beamten als Staatspräsidenten präsentieren würden.